

Sektorvorhaben Governance

Gute Regierungsführung – Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung

Governance beschreibt die Art und Weise, wie in einem Staat Entscheidungen vorbereitet und getroffen sowie politische Inhalte formuliert und anschließend umgesetzt werden. Gute Regierungsführung (*Good Governance*) ist dabei inklusiv, gemeinwohlorientiert, transparent, effektiv und legt Rechenschaft ab. Das betrifft politische Prozesse auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene.

Wichtigster internationaler Bezugsrahmen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Governance spielt in der Agenda 2030 und den Umsetzungsprinzipien eine zentrale Rolle für Frieden und Sicherheit, Armutsbekämpfung und Klimaschutz. In den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) ist das Thema sowohl in einem eigenständigen Ziel zu friedlichen und inklusiven Gesellschaften (SDG 16) als auch als Kernelement für die nachhaltige Gestaltung und Erreichung aller anderen Ziele verankert.

Regierungen in Partnerländern der deutschen EZ stehen vor gewaltigen Herausforderungen: Entwicklungen wie die digitale Transformation, Urbanisierung, Klimawandel und wachsende soziale Ungleichheit verändern Gesellschaften und die Bedarfe der Bevölkerungen. Staaten geraten durch den globalen, komplexen und tiefgreifenden Charakter dieser Veränderungen an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit. Während sich in einigen wenigen Gesellschaften demokratische Regeln und Praktiken vertiefen, erfahren viele Demokratien zunehmende Autokratisierungsprozesse. Diese Entwicklungen stellen auch an die deutsche EZ besondere Herausforderungen und erfordern neue Antworten. Dabei müssen besonders strukturelle Ursachen von Ungleichheiten zu überwinden werden. Im Zentrum steht die Überwindung der Geschlechterungleichheit und die Verwirklichung des Potentials von Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bekennt sich zu Good Governance als Ziel und wichtige Voraussetzung für die deutsche EZ. Dies bedeutet, dass demokratisch legitimierte, rechenschaftspflichtige und funktionierende Institutionen und Verwaltungssysteme auf allen Ebenen unterstützt und Politik- und Aushandlungsprozesse sowie Rechtsstaatlichkeit und Zugang zu Recht gestärkt werden.

Quickfacts

Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Laufzeit	2020-2027
Volumen	23,376 Millionen Euro
Auftragsverantwortlicher	Dr. Thomas Taraschewski-Wiik

Zu den zentralen Ansatzpunkten der deutschen EZ für Good Governance gehören die Förderung wirkungsvoller politischer Teilhabe, die Stärkung demokratischer Institutionen sowie die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Ein freies, sicheres Internet und hybride Beteiligungsformate tragen zu einer inklusiven digitalen Zukunft bei. Dabei gilt es den zunehmenden Risiken wie z.B. Desinformation, Hassrede und Repressionen im digitalen Raum zu begegnen. Für eine bürger*innenorientierte und effiziente Politik sowie leistungsfähige und transparente Institutionen im öffentlichen Sektor braucht es zudem transparente Verwaltungssysteme auf allen Ebenen. Rechtsstaatlichkeit und Zugang zu Recht für alle bilden dabei das Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Durch einen menschenzentrierten (*people-centred*) Ansatz in der Rechtsstaatsförderung soll ein Beitrag geleistet werden, um die weltweite Gerechtigkeitslücke (*justice gap*) zu schließen.

Ziel

Ziel des Sektorvorhabens ist es, die Handlungsfähigkeit des BMZ zu Governance-Themen zu unterstützen und damit die Voraussetzungen der deutschen EZ zur Förderung von Governance entsprechend der Agenda 2030 zu optimieren. Dementsprechend ist es die zentrale Aufgabe des Sektorvorhabens Governance, das BMZ nachfrageorientiert, flexibel und zeitnah entlang der jeweils aktuellen politischen Prioritätensetzung zu beraten.

Neben einem umfassenden und aktuellen Überblick über den internationalen fachlich-politischen Diskurs zu Governance-Fragen werden auch die Kontaktpflege, der fachliche Austausch und die Vernetzung mit den relevanten Akteuren im Sektor verbessert. Als weitere Zielsetzung wird die Weiterentwicklung von Governance-Ansätzen durch die Identifikation von Schnittstellen sowie neuen Themen und Entwicklungen im Rahmen des nationalen wie internationalen Fachaustauschs und gesellschaftlichen Diskurses verfolgt.

Die Förderung einer feministischen Entwicklungspolitik wie auch die Umsetzung eines menschenrechtsbasierten Ansatzes und des Prinzips der Agenda 2030 „Niemanden zurücklassen“ (*Leave no one behind*, LNOB) finden dabei in allen Handlungsfeldern Berücksichtigung. Zusätzlich werden Themen wie Digitalisierung im Bereich Governance kontinuierlich weiterentwickelt. Damit setzt das Sektorvorhaben Governance auch die Qualitätsmerkmale des BMZ zu Digitalisierung, Menschenrechte, Gender und Inklusion sowie Armut und Ungleichheit um.

Vorgehensweise

Beratungs- und Unterstützungsleistungen des Sektorvorhabens Governance fokussieren auf die Positionierung und Weiterentwicklung von Strategien, Methoden und Ansätzen des BMZ im Governance-Sektor in der bilateralen und internationalen EZ. Durch die Mitwirkung in fachlichen Netzwerken und internationalen Organisationen, wie etwa der *Justice Action Coalition* (JAC), *International IDEA* oder dem *Governance Network* des OECD/DAC, positioniert das Sektorvorhaben einerseits deutsche Governance-Ansätze, analysiert andererseits internationale Positionen, Diskussionen und Trends für das BMZ und bringt diese in die Politikberatung ein. Hierfür müssen lokale und globale Perspektiven zusammenkommen. Das Sektorvorhaben unterstützt deshalb zugleich den Wissensaustausch mit Projekten in Partnerländern und das gemeinsame Lernen von praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Neben der BMZ-Beratung, stellt das Vorhabens das 2022 gegründete Sekretariat der Team Europe Democracy (TED) Initiative. TED zielt darauf ab, Demokratie und Menschenrechte weltweit zu fördern und zu schützen. Das TED Netzwerk dient als gemeinsame Lern- und Austauschplattform und ist ein Schlüsselement der TED Initiative. Es besteht aus drei Arbeitsgruppen gemäß der TED-Prioritätsthemen: 1) Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit; 2) politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung; 3) Medien und Digitalisierung. 14 EU-Mitgliedstaaten, einzelne zivilgesellschaftliche Organisationen, Think Tanks, Universitäten und Forschungszentren mit Sitz in Europa sind Teil des Netzwerkes. Das TED Sekretariat unterstützt die Mitglieder des TED Netzwerk bei kohärenter Strategieentwicklung, Koordinierung, Austausch von Erfahrungen und Wissen sowie gemeinsamem Lernen zur Demokratieförderung in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die Sekretariatsfunktion wird gemeinsam mit der belgischen Entwicklungsorganisation Enabel wahrgenommen und von der EU kofinanziert.

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Bezeichnung Programm/Projekt:

Sektorvorhaben Governance
Friedrich-Ebert-Allee
53113 Bonn, Deutschland
T +49 61 96 79-0
E thomas.taraschewski@giz.de
I www.giz.de

Bonn 07/2024